



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Inkassodienstleistern die Vertretungsbefugnis im gerichtlichen Verfahren einräumen

Aktuell seit 15.09.2025 15:10:31

Angegeben von:

Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V. (R000087) am 07.10.2024

Beschreibung:

Das Gesetz soll den Zugang zum Recht für Bürgerinnen und Bürger vereinfachen: Es sollen neue digitale Kommunikationsformen im Zivilprozess erprobt werden, die gerichtliche Durchsetzung von Kleinforderungen soll erleichtert werden. Der BDIU möchte erreichen, dass für Inkassodienstleister die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, so dass sie Rechtsuchende bei der Nutzung der neuen Online-Verfahren unterstützen können.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13082 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Entwicklung und Erprobung eines Online-Verfahrens in der Zivilgerichtsbarkeit

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1509 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Entwicklung und Erprobung eines Online-Verfahrens in der Zivilgerichtsbarkeit

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (3)

Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (1)

ZPO [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (2)

1. [SG2504290010](#) (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. [SG2507070014](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]